

Mitteilung der Bundesgeschäftsstelle

Zur Veröffentlichung:

BPE e.V., Postfach 06, 75046 Gemmingen



BÜRGERBEWEGUNG PAX EUROPA fordert die Bundesregierung zur sofortigen Beendigung der Mitarbeit im UN- Menschenrechtsrat auf

Angesichts der vollzogenen Abkehr des UN- Menschenrechtsrats von seiner eigentlichen Aufgabe, der Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen weltweit, hin zu einer islamisch dominierten Zensurbehörde, die es sich neben pausenlosem Israel- Bashing zur Hauptaufgabe macht, das hohe Gut der Meinungsfreiheit weltweit schariakonform einzuschränken, ist es für freiheitlich- demokratische Länder unabdingbar, die Mitarbeit in diesem untauglichen Gremium sofort zu beenden.

Von einer UN- Behörde, die sich aus Vertretern eben jener Länder zusammensetzt, die für die meisten Menschenrechtsverletzungen weltweit selbst verantwortlich sind, kann nicht erwartet werden, dass sie ihre Aufgaben ernst nimmt. Es ist bedauerlich, dass bisher nur eine einzige nennenswerte NGO, der Weltverband der Zeitungsverleger (WAN), sich mittels einer Resolution an UN- Generalsekretär Ban Ki Moon mit der Forderung wandte, „sicherzustellen, dass die internationalen Standards von Meinungsfreiheit durch den UN- Menschenrechtsrat aktiv gefördert und nicht stattdessen untergraben werden.“

Eine weitere Mitarbeit in einem UN- Gremium, das die Steinigung von Ehebrecherinnen, das öffentliche Erhängen von Homosexuellen und Frühehen mit Kindsfrauen schariakonform als sakrosankt ansieht und Kritik daran als „Mißbrauch der Meinungsfreiheit“ sanktioniert, wäre nicht nur kontraproduktiv, sondern fordert weitere Menschenrechtsverletzungen geradezu heraus. Es ist unserer Ansicht nach, ein Skandal sondergleichen, dass die von Pakistan beantragte und von 57 Nationen der OIC aktiv unterstützte Resolution, die die Unterordnung des individuellen Menschenrechts auf die Freiheit der Kritik unter die Scharia vorsieht und die Aufforderung an den Menschenrechtsrat enthält, darauf zu drängen, die Meinungsfreiheit in demokratischen Ländern zu beschränken, damit keine weiteren Beleidigungen des Islam mehr stattfinden, auch dadurch zustande kam, weil die Vertreter der BR Deutschland und anderer EU- Länder sich der Stimme enthielten. Wer abstimmt, wie der deutsche UN- Vertreter, hat eigentlich gegen die Grundrechte verstoßen. Denn sie zu schützen und sie zu achten, sind nach Artikel 1 des Grundgesetzes zwingend Aufgabe der politischen Gewalt, die vom Volk ausgeht. Nicht sogenannte „religiöse Gefühle“ bedürfen des Schutzes, sondern die im Namen des Islam Verfolgten und die unterdrückten Frauen und Kinder.

Die BÜRGERBEWEGUNG PAX EUROPA fordert daher die Bundesregierung auf:

- **die Mitarbeit im UN- Menschenrechtsrat unverzüglich einzustellen**
- **auf die Gründung eines Menschenrechtsrats hinzuarbeiten, der seine Aufgaben auch tatsächlich wahrnimmt**
- **sicherzustellen, dass die Vertreter der Bundesregierung bei der UN die Verteidigung der Menschenrechte als wichtigste Aufgabe wahrnehmen**

Conny Axel Meier, Bundesgeschäftsführer

Gemmingen, den 7. Juli 2008

BÜRGERBEWEGUNG PAX EUROPA e.V.
Postfach 06
75046 Gemmingen

Tel. +49 7267 911940
Fax +49 1212 69119400
e-Mail c.meier@bpe-online.net
Internet www.bpe-online.net
www.akte-islam.de/3.html

Bank:
Spenden-Kto. 4 333 012
Volksbank Main-Tauber eG
BLZ 673 900 00

Registergericht
Wetzlar 35532